

# Nach rechts mit Karacho

14. November 2024 DIE ZEIT No 48

Was das übermütige Parlament und der uneinige Bundesrat mit der Schweiz anstellen – und warum dabei die großen Fragen ungelöst bleiben VON MATTHIAS DAUM UND SARAH JÄGGI

**W**ahlen, so heißt es, würden in der Schweiz nicht viel verändern. Tatsächlich verschieben sich die Mehrheitsverhältnisse meistens lediglich um ein paar zerquetschte Prozentpunkte. Zweistellig gewinnt oder verliert eine Partei hierzulande nie. Auch weil die Schweizerinnen und Schweizer regelmäßig über Sachvorlagen abstimmen dürfen und nicht vier Jahre warten müssen, um ihren Ärger, ihre Empörung oder ihr Bitte-nicht-weiter-so-wie-bisher loszuwerden.

Doch ein Blick zurück aufs vergangene Jahr zeigt: So absolut stimmt das nicht. Wahlen wirken auch in der Schweiz. Das Land bewegt sich – und zwar nach rechts.

Im Oktober 2023 gewann die SVP neun Nationalratssitze und kratzte an ihren historischen Höchstwerten. Gleichzeitig verloren die Grünen fünf Nationalräte und fast die Hälfte ihrer Ständerätinnen. In den beiden Parlamentskammern mit ihren 246 Sitzen und im Bundesrat dominiert seither eine satte bürgerliche Mehrheit.

Das ist nicht neu für die Schweiz, sondern der Normalfall. Trotzdem ist es im 21. Jahrhundert kaum einem neu gewählten Parlament und einer teilweise neu zusammengesetzten Regierung in so kurzer Zeit gelungen, in so vielen Politikfeldern so viele Richtungsentscheide zu fällen.

Wie kommt das? Was machten die Bundes-, Stände- und Nationalräte dieses Mal anders als ihr Vorgänger? Und was bedeutet der Rechtskurs für das Land und seine politische Kultur?

Schaut man sich die einzelnen Geschäfte an, die im Parlament und in der Regierung in den vergangenen zwölf Monaten verhandelt wurden, wird klar: Das Vorgehen ist stets dasselbe. Gäbe es ein rechtsbürgerliches Playbook, stünde darin:

1. Überraschungsmoment nutzen
2. Tabu brechen
3. Ideologie vor Fakten stellen
4. Keine Rücksicht auf Verluste

Die Konsequenz daraus sind rechtsbürgerliche Siege auf der ganzen Linie: weniger Wölfe, mehr Autobahnen, niedrigere Rundfunkgebühren, weniger Naturschutzaufgaben für die Bauern, eine wiederbelebte Atomkraft-Debatte, Angriffe auf das Asylrecht und ein schmerzhaftes Sparprogramm.

Einer der wichtigsten Köpfe hinter dieser Drift nach rechts ist Albert Rösti, langjähriger Parteipräsident der SVP, AKW-Lobbyist, ehemaliger Chef der Schweizer Autoimporteure und Brennstoffhändler und seit dem 1. Januar 2023 Super-

minister für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek).

Albert Rösti war ein gutes Jahr im Amt, als er seine Autobahn-Ausbaupläne präsentierte. Nach dem altbewährten, aber teuren föderalistisch gerechten Prinzip sollen die Autobahnen übers ganze Land verteilt an besonders staugeplagten Stellen ausgebaut werden, und neue Tunnel sollen die Pendler entlasten. Mehr Asphalt, mehr Beton als Antwort auf 48.800 Staustunden. Wissenschaftliche Studien, die belegen, dass zusätzliche Straßen zusätzlichen Verkehr bringen, lässt der Verkehrsminister nicht gelten. Ebenso wenig zählt, dass der größte Teil des Verkehrs – auf Straße und Schiene – heute nicht der Arbeit, sondern dem Freizeitvergnügen dient. Und ein Bericht des Bundes, der klären soll, wie groß das Potenzial von Mobility Pricing ist, und der eigentlich publikationsreif sein müsste, wurde bis heute nicht veröffentlicht.

## Der Rechtsruck ist mehr als ein Rösti-Syndrom

Es heißt, Rösti habe seine Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat mit seinen Plänen überrumpelt. Trotzdem wurde das Geschäft in der Regierung diskussionslos durchgewinkt, und das Parlament packte ein zusätzliches Ausbauprojekt am Genfersee obendrauf. Umweltschutzorganisationen und linke Parteien haben gegen den 4,9 Milliarden Franken teuren Autobahnausbau das Referendum ergriffen. Wobei in diesem Betrag die Teuerung und die Mehrwertsteuer nicht eingepreist sind, sodass das Ganze unterm Strich gegen 7 Milliarden Franken kosten dürfte. Am 24. November kommt es zur Volksabstimmung.

Überrascht hat Rösti auch Naturschützer und Tierfreunde. Auf dem Verordnungsweg drückte er Ende 2023 durch, dass Wölfe auch dann abgeschossen werden dürfen, wenn sie keinen Schaden angerichtet haben. Also kein einziges Schaf gerissen und keinem Menschen zu nah gekommen sind. Auf eine ordentliche Vernehmlassung, bei der die Meinungen aller involvierten Organisationen und Verbände eingeholt werden, was in der Schweiz üblich ist, verzichtete der Umweltminister. Erst nach geharnischten Protesten holte er diese nach. Am Entscheid änderte sich nichts: Obschon der Wolf gemäß der Berner Konvention, einem völkerrechtlichen Vertrag, streng geschützt ist, dürfen heute ganze Rudel zum Abschuss freigegeben werden. Sogar jenes des einzigen Nationalparks der Schweiz, am Ofenpass im Kanton Graubünden, soll ausgemerzt werden. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass es in der Schweiz mindestens 20 Wolfsrudel bräuchte, damit die Population

langfristig erhalten werden kann, aber der Bundesrat behauptet: Zwölf Rudel sind genug.

Dabei ist Rösti bis heute gar nicht richtig im Amt angekommen. Oder zumindest nicht so, wie man das in der Schweiz von Bundesräten gemeinhin gewohnt ist. Sie fühlen sich, das sagen viele von ihnen, mit ihrer Wahl in die Regierung nicht zuerst ihrer eigenen Partei, sondern vielmehr dem Gremium verpflichtet und damit dem ganzen Land. Rösti hingegen bleibt sich und der SVP treu, deren Politik er jahrelang geprägt hat. Der Vor-Bundesratswahl-Rösti ist der Nach-Bundesratswahl-Rösti.

So senkte er, der als Parteipräsident die sogenannte Halbierungsiniziativa mitlancierte, welche die Rundfunkgebühren hälften wollte, als Bundesrat die Haushaltsabgabe für die SRG von heute 335 Franken pro Jahr auf 300 Franken. Er tat dies – wie beim Wolf – auf dem Verordnungsweg und gegen den Widerstand der zuständigen Parlamentskommissionen sowie der Kantone. Und obschon die Schweizerinnen und Schweizer 2017 beschlossen hatten, aus der Atomenergie auszusteigen, überzeugte der Energieminister im August seine Bundesratskollegen, einem Gegenvorschlag zur Volksinitiative »Blackout stoppen« zuzustimmen. Dahinter steckt der Energie Club Schweiz, dem Rösti vor seiner Wahl selbst angehört hatte. Er will, dass baldmöglichst in der Schweiz wieder Atomkraftwerke gebaut werden dürfen. Oder wie Rösti selbst sagt: »Wir brauchen in Zukunft einfach auch die Option des Atomstroms.«

Wer diese bezahlen soll, verriet Rösti allerdings nicht. Die Strombranche sagt, neue AKWs seien nicht wirtschaftlich, es sei denn, der Staat würde diese selbst bauen oder die Anlagen in hohem Maße subventionieren. Umweltkreise fürchten, dass damit die Energiewende, die mit dem Ausbau der Wasser-, Solar- und Windkraft gelingen soll, ausgebremst wird. Ein Plan, den das Stimmvolk erst in diesem Juni für gut befand, als es das neue Stromgesetz annahm.

Ist der Rechtsruck also in Tat und Wahrheit ein Rösti-Syndrom? Hat hier ein einzelner Bundesrat, im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger und Ratskollegen, seine Macht erkannt und reizt sie nun aus?

Der Bundesrat setzt sich seit 2015 nach der heutigen Formel zusammen: SVP, FDP und SP haben je zwei Sitze, die Mitte hat einen. Dass sich das bürgerliche Powerplay erst jetzt so richtig entfalten kann, ist auch der Schwäche der restlichen Regierungsmitglieder geschuldet. Simonetta Sommaruga, Röstis Vorgängerin im Uvek, und Alain Berset, beide Sozialdemokraten, haben den Bundesrat jahrelang stark geprägt. Ihre Nachfolger sind vor allem mit sich selbst und den eigenen De-

partementen beschäftigt. Die starken Figuren fehlen, der Gestaltungswille schwindet. Das Gremium wird – so der Eindruck von außen – von zwei Magistraten dominiert: SVP-Superminister Albert Rösti und FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter.

»Sparen, sparen, sparen« lautete der Titel einer Verlagsbeilage der *NZZ*, die vor einigen Wochen erschien. Bezahlt hatte sie unter anderem das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP), ein von mehreren Milliardären finanzierter, an der Uni Luzern angedockter Thinktank. In der Beilage abgedruckt ein großes Interview mit Karin Keller-Sutter über die Tugend des Sparens. Wie für ein PR-Blättchen üblich, wurden der Finanzministerin eher Bälle zugespielt als harte Fragen gestellt. Interessant dabei: Der professorale Kopf hinter dem IWP ist Christoph A. Schaltegger, einer von Keller-Sutters wichtigsten Finanzexperten. Als die Bundesrätin Anfang des Jahres ankündigte, sie wolle sämtliche Ausgaben des Bundes prüfen lassen, applaudierte ihr Schaltegger, ebenfalls in der *NZZ*. Man müsse lernen, Prioritäten zu setzen, sagte er, »und das heiße eben auch: zu sparen«.

## Die erstarkte Bauernlobby spielt ihre Macht aus

Wenige Wochen später präsentierte die Bundesrätin ihre Expertengruppe, die in ihrem Auftrag nach Sparpotenzialen suchen sollte. Einer der fünf war, wenig überraschend, Christoph Schaltegger. Die Idee, den heiklen Sparplan externen Experten zu überlassen, war recht clever. Damit nahm sich Keller-Sutter selbst aus der Verantwortung, und indem sie ihrem ehemaligen Spitzenbeamten und dem früheren Gewerkschafter Serge Gaillard die Leitung übertrug, sicherte sie sich auch gegen links ab. Seit die Experten im August ihren Sparbericht veröffentlicht haben und der Bundesrat in Rekordzeit die meisten Vorschläge telquel übernommen hat, hat sich das Keller-Sutter-Mantra durchgesetzt: Die Schweiz hat zu wenig Geld, wir müssen sparen, aber wehe dem, der höhere Steuern fordert! Einzige Ausnahme: die Steuerprivilegien beim Kapitalbezug aus der Pensionskasse oder der privaten Vorsorge.

Doch die bundesrätliche Power-Couple-These greift zu kurz. Oder anders gesagt: Auch der gmögige Westentaschen-Machiavelli aus dem Berner Oberland und die gestrenge Ostschweizer Kassenwartin wären nichts ohne ihre Verbündeten. Dazu gehören in Bern auch die Bauern. Das neue Parlament rückte vor einem Jahr nämlich nicht nur nach rechts, parallel dazu konnte die Bauernlobby ihre Machtbasis noch einmal ausbauen. Sie ge-

wann 18 Sitze dazu. Seither politisieren 20 Bauern und Bäuerinnen sowie 30 bauernnahe Abgeordnete im National- und Ständerat.

Was das heißt, zeigt sich auch in der Umweltpolitik. So beschloss das Parlament, dass die Bauern nicht dazu verpflichtet sind, 3,5 Prozent ihrer Ackerflächen mit biodiversitätsfördernden Pflanzen oder Anbaumethoden zu bestellen. Es bricht damit ein Versprechen, das der Bundesrat vor drei Jahren während des Abstimmungskampfes zur Trinkwasserinitiative gemacht hatte. Die Bauern sollen auch nicht – wie ursprünglich geplant – dazu verpflichtet werden, ihren Pestizid- und Dünger-Einsatz zu melden, so wie das künftig alle Anwender, aber auch die Händler tun müssen. Der Nationalrat stimmte einer SVP-Motion zu, die eine Ausnahme für Landwirte verlangt. Das Geschäft muss noch in den Ständerat.

Aber auch in den Sparplänen von Keller-Sutter spielen die Bauern nur eine untergeordnete Rolle. 3,6 Milliarden Franken erhalten sie jährlich vom Staat, künftig sollen es 210 Millionen weniger sein. Doch bereits Anfang Oktober sagte der Mitte-Nationalrat und Bauernverbandspräsident Markus Ritter, er werde alles dafür tun, dass die Bauern nicht weniger Subventionen erhalten, und drohte mit Traktoren-Demos.

Die rechtsbürgerliche Politik hat allerdings ihren Preis – nicht nur für die Wölfe (tot) und die Fruchtfolgeflächen (asphaltiert):

1. Die politischen Gräben vertiefen sich.
2. Das Reformstau-Risiko steigt.
3. Die großen Probleme bleiben ungelöst.

Empört über das große Wolfs-Halali, klagten die Naturschutzorganisationen gegen mehrere in ihren Augen besonders fragwürdige Abschlussgenehmigungen. 2023 wurden rund 60 Wölfe erlegt, in diesem Jahr waren es bislang 42. Das Sparprogramm entsetzte die Linken und die Gewerkschaften, die es medienwirksam in den Papierkorb schmissen. Die Botschaft: Da machen wir nicht mit! Gegen den milliardenteuren Autobahnausbau wehren sich mehrere Hundert Verkehrsexperten. Aber auch in der Bevölkerung stößt der Rechtsruck auf Widerstand. Gemäß ersten Umfragen könnte die Autobahn-Abstimmung überraschend knapp werden.

Bereits verloren haben das Parlament und die Regierung in diesem Jahr zwei wichtige Rentenabstimmungen: Die Schweizerinnen und Schweizer stimmten sowohl für eine zusätzliche Monatsrente für alle als auch gegen eine Pensionskassenreform. Aber anstatt auf diese sozialkonservative Stimmungslage zu reagieren, hinter der auch Ab-

stiegsängste stecken, die weit in den Mittelstand hineinreichen, schlägt der Bundesrat dem Parlament vor, die Witwenrenten zu kürzen. Bereits beschlossen hat er, dass es Gutverdienern künftig erlaubt sein soll, nachträglich – das heißt: rückwirkend für zehn Jahre – in ihre private Vorsorge einzuzahlen. Natürlich steuerfrei.

Die sozialpolitische Sprengkraft, die ein solcher Entscheid birgt, ignorierte er. Und das Parlament geht sowieso am liebsten auf die Schwächsten los: auf das Asylwesen und die Entwicklungszusammenarbeit. Allen voran die FDP versucht sich mit ihrer »Hart, aber fair«-Asylpolitik als Alternative zur SVP zu positionieren. Die illegale Migration müsse gestoppt, der Familiennachzug für Flüchtlinge auf ein absolutes Minimum beschränkt, Rückführungen auch bei anerkannten Flüchtlingen geprüft werden. Ländern, die ihre abgewiesenen Landsleute nicht zurücknehmen, soll die Entwicklungshilfe gestrichen werden.

Bereits im September hatte der Nationalrat einer SVP-Motion zugestimmt, die den Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene gleich ganz verbieten will. Obschon ein solches Verbot gegen die Menschenrechts- und die Kinderrechtskonvention der UN verstößt. Der Bundesrat war für einmal auch dagegen, und das Geschäft muss noch in den Ständerat.

Vergessen oder verdrängt werden dabei die großen, drängenden Themen. Zum Beispiel die Frage, wie sich die Schweiz, dieser militärisch ungenügend gerüstete Kleinstaat, sicherheitspolitisch positionieren will. Oder wie sie ihre Beziehung mit ihrer wichtigsten Partnerin künftig sieht, also mit der Europäischen Union.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine streiten sich die Parteien darüber, ob und wie die Schweizer Armee aufgerüstet und wie dieser Aufbau finanziert werden soll. Obschon die rechtsbürgerlichen Fraktionen im Parlament eine satte armeerfreundliche Mehrheit stellen. Aber der Verteidigungsministerin Viola Amherd, die zurzeit auch als Bundespräsidentin amtiert, gelingt nicht, was Verkehrsminister Rösti anscheinend mühelos schafft: eine Milliarde um die andere für neue Infrastrukturprojekte loszueisen. Das hat zum einen mit der Finanzierung zu tun, es gibt – im Gegensatz zur Straße und zur Schiene – keinen Fonds für Sicherheitsausgaben. Auch sind die Armeeausgaben nicht gesetzlich gebunden. Im Gegenteil: Seit dem Ende des Kalten Krieges gehören sie zu den Budgetposten, die sich am leichtesten kürzen lassen. Und selbst heute, da in Europa wieder ein großer Krieg tobt, ist vielen

Finanzpolitikern die Einhaltung der Schuldenbremse wichtiger als eine Armee, welche die Schweiz zumindest ansatzweise verteidigen könnte.

Vollends erlahmt der politische Elan, wenn es um Europa geht. Obschon es die FDP war, die den bilateralen Weg der Schweiz einst prägte.

In diesen Tagen und Wochen wollten Bern und Brüssel ihre Verhandlungen über neue bilaterale Verträge abgeschlossen haben. Allwöchentlich dringen neue Forderungen durch. Zuletzt: Die Schweiz will eine Schutzklausel gegen eine allzu starke Zuwanderung. Die EU will davon nichts wissen und fordert dafür von der Schweiz einen höheren Eintrittspreis für den Binnenmarkt: 450 statt 150 Millionen Euro pro Jahr.

Aber bis heute ist unklar, ob der Bundesrat überhaupt ein solches Abkommen will. Der FDP-Außenminister Ignazio Cassis ist abgetaucht, der SP-Justizminister Beat Jans gibt in seinen Reden den großen Europäer – »Wir brauchen eine Einigung mit der EU« –, während Albert Rösti sagt: »Es braucht kein Stromabkommen mit der EU um jeden Preis.« Nicht einmal die Frage, ob das Abkommen, wenn es dereinst ausgehandelt und vom Parlament verabschiedet ist, dem Volk vorgelegt werden soll oder nicht, ist geklärt, ob es also dem fakultativen oder dem obligatorischen Referendum unterstellt sein soll und damit auch eine Mehrheit der Kantone zustimmen müsste. Anstatt den eigenen Experten aus dem Bundesamt für Justiz zu folgen, die klar für die Version ohne Ständemehr sind, hat die Regierung den Bericht lediglich zur Kenntnis genommen und ihren Entscheid vertagt.

Das freut die mächtigsten Gegner einer engeren Anbindung an die EU – und die beschränken sich heute nicht mehr nur auf Christoph Blocher. Sie sind nicht einmal mehr zwangsläufig in der SVP.

Anfang Oktober hat eine Gruppe um den Milliardär Alfred Gantner, Mitgründer der Partners Group, einer Investment-Gesellschaft aus dem Kanton Zug, eine Initiative lanciert. Sie fordert, dass künftig das Volk das letzte Wort bei allen Verträgen mit der EU haben soll. Im Komitee sitzen freisinnige Ständeräte, die Kampagne leitet ein FDP-nahes Büro, das Gantner und seinen Mitstreitern einen Monat lang fast täglich einen Auftritt organisiert hat. Denn Milliardäre haben nicht nur viel Geld, sondern auch viel Zeit. Kommt dazu eine selbst auferlegte Mission, rollt eine Propagandamaschine an, die sogar die Wirtschaftsverbände Economiesuisse und Swissem oder die Pharmabranche vor sich hertreibt.

Ihr Ziel: nach rechts mit Karacho!